

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408  
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39  
Telex: 08 88 846-48 ppbn d



## Inhalt

"Dank an den Weggenossen" sagt Willy Brandt  
DGB-Chef Heinz Oskar  
Vetter, der am Freitag  
60 Jahre alt wird

Seite 1/2

Lenelotte von Bothmer  
sieht die europäische  
Solidarität in der Krise

Seite 3

Dietrich Sperling nimmt  
zur innerparteilichen  
Grundsatzdiskussion in  
der CDU Stellung

Seite 4

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Kölnner Straße 108-112,  
5300 Bonn-Bad Godesberg  
Telefon: (0 22 21) 37 68 11

32. Jahrgang / 201

19. Oktober 1977

Dank an den Weggenossen  
-----

Zum 60. Geburtstag des DGB-Vorsitzenden Heinz Oskar Vetter  
am 21. Oktober

Von Willy Brandt  
Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Heinz Oskar Vetter feiert seinen 60. Geburtstag. Wir deutschen Sozialdemokraten gratulieren ihm dazu von Herzen. Und wir danken dem zuverlässigen Weggenossen, der auch unbehagliche Wege nicht scheut, wenn sie im Interesse der gemeinsamen Sache notwendig sind.

Heinz Oskar Vetter ist ein Gewerkschafter und Sozialdemokrat christlicher Prägung. Er weist uns immer wieder darauf hin, daß es ohne soziales Engagement und ohne gewerkschaftlichen Kampf keinen gesellschaftlichen Fortschritt in unserem Lande gibt. Dabei geht es ihm nicht allein um das solidarische Handeln der Gewerkschaftsmitglieder zum Schutz vor den materiellen Folgen wirtschaftlicher Unterlegenheit des einzelnen Arbeitnehmers. Es geht ihm - wie uns - um die Beseitigung gesellschaftlicher Ursachen von Abhängigkeit und Unterprivilegierung; es geht ihm - wie uns - um die Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft nach Maßstäben einer sozialen Demokratie. Es geht um die reale Freiheit der vielen einzelnen. Deshalb fordert er immer wieder eine Politik der Reformen.

Nun mag mancher meinen, jetzt sei nicht die beste Zeit für Reformen, näherliegende Sorgen hätten uns zu bewegen. Aber die Kleinmütigen irren: Die Bewältigung unserer dringlichsten Gegenwartsaufgabe - die Wiedergewinnung und dauerhafte Sicherung von Vollbeschäftigung - und das Anpacken der Zukunftsaufgaben unserer Gesellschaft hängen aufs engste zusammen. Wir werden dem Recht auf Arbeit nur Geltung verleihen

können, wenn wir den wirtschaftlichen Strukturwandel nicht als unkontrollierbares Naturereignis verstehen.

Es ist in meinen Augen ein unschätzbare Vorteil, daß der DGB-Vorsitzende selbst über Erfahrungen mit der Bewältigung struktureller Wandlungsprozesse verfügt. Er hat, als Mann des Reviers, die Kohlekrise der 60er Jahre an Rhein und Ruhr hautnah erlebt. Die damaligen Erfahrungen haben nicht nur ihm gezeigt, welche Bedeutung bei der Bewältigung dieser Krise die Mitbestimmung der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften hat.

Heinz Oskar Vettters Erfahrungen und seine Fähigkeit, auch unkonventionelle und kritische Gedanken in sein Wirken mit einzubeziehen, werden wir alle in der vor uns liegenden Zeit mehr denn je brauchen.

Wir Sozialdemokraten haben in der Zeit seit 1945 nie einen Zweifel daran gelassen, daß wir für parteipolitisch unabhängige und weltanschaulich ungebundene Gewerkschaften sind. Ich erinnere aber auch daran, wie nachdrücklich gerade Heinz Oskar Vetter darauf hingewiesen hat, daß parteipolitische Unabhängigkeit nicht mit politischer Neutralität zu verwechseln ist. Zu Recht fühlt sich der DGB-Vorsitzende Heinz Oskar Vetter deshalb verpflichtet, kritisch zu den Äußerungen und Handlungen der Parteien Stellung zu nehmen. Und diese Kritik muß und wird häufig an die Adresse aller gehen, also auch an die der SPD.

Das schließt jedoch nicht aus, daß wir immer dann zusammenstehen werden, wenn es um die Interessen der Arbeitnehmer geht oder wenn mit unberechtigten Vorwürfen von einem angeblich drohenden "Gewerkschaftsstaat" die Rede ist und durch unverschämte Parolen wie "Freiheit oder/statt Sozialismus" Gewerkschaften und Sozialdemokraten gemeinsam verleumdet werden.

Gute Weggenossen sind nicht solche, die immer nur im Gleichschritt sich bewegen. Gute Weggenossen sind jene, die Seite an Seite in dieselbe Richtung wollen. Wir wünschen den deutschen Gewerkschaften und auch uns Sozialdemokraten noch viele gemeinsame Jahre mit dem guten Weggenossen Heinz Oskar Vetter.

(-/19.10.1977/vo-he/hgs)

+ + +

## Europäische Solidarität in der Krise

---

Für mehr politische Macht, für transnationale Organisationen

Von Lenelotte von Bothmer MdB

Vorsitzende des Ausschusses für die Beziehungen zu den nationalen Parlamenten  
und zur Öffentlichkeit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats hat in dieser Woche über einen Bericht debattiert, der den bezeichnenden Titel "Die europäische Krankheit" hatte. Hauptaussage des Berichts ist die Feststellung eines Mangels an Solidarität und Gemeinsamkeit bei der Lösung von Problemen, die Europa als Gemeinschaft betreffen.

Pessimismus im Zusammenhang mit europäischer Solidarität ist begründet. Die Weltwirtschaftskrise hat dies deutlich gemacht. Neue Fragen und Konflikte kommen hinzu, z.B. das Problem der Gleichwertigkeit von Ökonomie und Ökologie. Im Grunde ist das, was wir als Weltwirtschaftskrise ansprechen, ein Mißverhältnis zwischen nationaler Steuerbarkeit und der gewaltigen Ausdehnung und Zerflechtung der Probleme. Statt allmählich transnationale wirtschaftliche Lösungen ernsthaft einzurichten, strebt jeder danach, sein Land national überleben zu lassen.

Im Europa der Neun sind alle Ansätze zur Wirtschafts- und Währungsunion viele nationale Tode gestorben. Die Weltwirtschaftskrise, die ein Mißverhältnis zwischen ökonomischer Wirklichkeit und zurückgebliebener Politik ist, kann man auf diese Weise kaum in den Griff bekommen. Mehr Transnationalität wird von den eigenen Staaten aber selbst zugelassen, obgleich sie selbst wissen, daß sie in vielen Fällen das einzige Heilmittel ist.

Einerseits wird erkannt, daß es sich um transnationale Probleme handelt. Andererseits aber klammert sich jedes Land an die Fata Morgana eigener Lösungsmöglichkeiten. Soweit erkannt wird, daß es transnationale Probleme sind, schafft man in steigender Zahl internationale Organisationen und Institutionen, die übergreifend mit speziellen und allgemeinen Aufgaben befaßt werden. Die Unterschiede der verschiedenen internationalen Organisationen und Institutionen sind dem Bürger jedoch immer weniger klar. Dadurch entsteht Bürgerferne gegenüber internationalen Organisationen. Die Erwartungen unserer Bürger richten sich in erster Linie an die eigene Regierung und die nationalen Parlamente. Auch dies trägt nicht dazu bei, das Vertrauen in internationale Organisationen zu stärken. Deshalb müssen die Parlamentarier in internationalen Organisationen dafür sorgen, daß den transnationalen Organisationen mehr Durchführungszuständigkeiten, mehr politische Macht zukommen, soll tatsächlich die "Krankheit Europas" überwunden werden. (-/19.10.1977/ks.10)

+ + +

### Christliche Totschlagworte

---

Zur innerparteilichen Grundsatzdiskussion in der CDU

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Mitglied des Vorstandes der SPD-Bundestagsfraktion

Die innerparteiliche Grundsatzdiskussion hat, was das Verhältnis der CDU zu den anderen Parteien angeht, einen sehr bedenklichen Aspekt gezeigt.

Auf dem Grundsatzforum in Berlin sagte CDU-MdB Vogt, Vertreter der Sozialausschüsse, zu Kurt Biedenkopf gewandt, die Argumente Biedenkopfs und die Parole "Freiheit statt Sozialismus" seien "Totschlagworte", weil sie die Auseinandersetzung nicht anregten, sondern erstickten. Weiter sagte Vogt: "Wer die Parole 'Freiheit statt Sozialismus' als Waffe in der innerparteilichen Auseinandersetzung verwendet, nimmt sie sich als Instrument der Auseinandersetzung mit dem parteipolitischen Gegner." Diese Aussage hat es in sich.

Freiheit statt Sozialismus ist innerparteilich nicht erlaubt, weil diese Parole als Waffe gegen den parteipolitischen Gegner damit zerstört wird. Innerparteilich erstickt die Parole die Auseinandersetzung, aber ihre Verwendung gegen den parteipolitischen Gegner ist legitim.

Nur in diesem Punkt findet die CDU in ihrer Programmdiskussion innerparteiliche Gemeinsamkeit und Einigung von Dregger bis Blüm: in der Einigung auf die Verwendung von selbst so bezeichneten "Totschlagworten" gegenüber dem politischen Gegner. Daraus läßt sich nur ableiten, daß die CDU mit ihren parteipolitischen Gegnern keine Auseinandersetzung will, sie will "totschlagen".

Diese Auffassung von parteipolitischer Auseinandersetzung kann niemand gut heißen, dem an einem funktionierenden Parteiensystem in der Bundesrepublik gelegen ist. Wer so vorgeht, zeigt, daß er die politische Diskussion mit den anderen Parteien gar nicht ernsthaft will. Wer innerparteilich nicht das will, was er dem parteipolitischen Gegner zumutet, weil er zerstört und "totschlägt", der zeigt, wie gering er Andersdenkende achtet und wie skrupellos er in der Wahl seiner politischen Mittel ist.

Die CDU führt das Wort "Christlich" offensichtlich nur deshalb im Namen, weil die innerparteiliche Minderheit von der Mehrheit christlich behandelt werden will. Nach außen gilt dies nicht. Da wird "totgeschlagen". Ist das die christdemokratische Auffassung von der Gemeinsamkeit der Demokraten... (-/19.10.1977/ks/lo)

+ + +